

Ziemlich dünnes Eis

In Paris einigen sich 192 Staaten auf ein Klimaschutzabkommen. Ein Erfolg, der vielen Umweltschützern dennoch nicht ausreicht

Wolfgang Pomrehn

Die Erderwärmung stoppen: In Paris haben sich am Sonnabend Vertreter von 192 Staaten sowie der EU auf ein neues Klimaschutzabkommen geeinigt. Es soll ab 2020 gelten und den Vorläufer »Kyoto-Protokoll« ablösen. Anders als bisherige Verträge baut es nicht auf gemeinsam ausgehandelten Verpflichtungen einzelner Ländergruppen auf, sondern auf Absichtserklärungen der einzelnen Staaten. Darin hat die große Mehrheit der UNO-Mitglieder inzwischen festgelegt, welche Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sie ergreifen will. Im Falle der Industriestaaten handelt es sich dabei um Zusagen, die Treibhausgasemissionen um ein bestimmtes Maß zu senken.

So hat die EU in diesem Zusammenhang versprochen, ihren Ausstoß bis 2030 um 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 abzusenken. Das klingt nach viel, wird aber von Umweltschützern als unzureichend angesehen. Die hiesigen Emissionen liegen nämlich noch immer weit über dem globalen Durchschnitt, obwohl 19 Prozent dieses Ziels bereits erreicht sind. Die Pläne der Entwicklungsländer beziehen sich meist auf eine Beschränkung des weiteren Anstiegs. Beispielsweise hat China zugesagt, den Höhepunkt seiner Treibhausgasemissionen so früh wie möglich, spätestens aber bis 2030 zu erreichen.

Dennoch reichen die versprochenen Maßnahmen nicht, um den Klimawandel in Schach zu halten. Nach unterschiedlichen Berechnungen führen die nationalen Pläne, falls sie umgesetzt werden, dazu, dass die globale Mitteltemperatur um 2,7 bis drei Grad Celsius über das vorindustrielle Niveau steigen wird. Laut Vertrag sollen es aber maximal zwei Grad Celsius werden. Selbst das kann für viele Küstenregionen, Inselstaaten und für die Ernährung der Weltbevölkerung verheerende Folgen haben. Daher ist es ein Fortschritt,

dass »Maßnahmen ergriffen werden (sollen), den Anstieg der Temperatur auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken«. Dieses unter anderen von Bolivien geforderte Ziel hat erstmalig Eingang in einen Klimaschutzvertrag gefunden.

Eine Schwäche des Abkommens ist, dass den Staaten überlassen bleibt, welche Maßnahmen sie ergreifen. Der Vertrag kennt (wie schon die weiter geltende Klimarahmenkonvention) keine Sanktionsmöglichkeiten. Das dünne (zehn Seiten) Papier bleibt auch in vielen anderen Fragen vage. So wird immer noch nicht detailliert geregelt, wie und in welchem Umfang die ärmeren Länder bei der Anpassung und bei einer klimafreundlichen Industrialisierung unterstützt werden. Die bereits 2009 in Kopenhagen verabredete jährlich für diesen Zweck zu mobilisierende Summe von 100 Milliarden US-Dollar wird nur in einer 20seitigen Vorrede erwähnt. Die ist nicht Teil des Abkommens.

Auswirkung auf die Verbindlichkeit könnte auch die Benennung als »Abkommen« (engl. »Paris agreement«) haben. Nach den Definitionen der UN für völkerrechtliche Begriffe ist ein Abkommen ein Vertrag eher technischer Natur und erfordert in der Regel keine Ratifizierung durch die Parlamente.

Vielleicht ist es übertrieben, von einem Scheitern der Klimakonferenz zu sprechen, wie es die hiesige Antikohlekampagne »Ende Gelände« macht. Aber wahr ist, dass der Klimaschutz nun vor allem zu Hause durchgesetzt werden muss. Dazu gehört ein zügiger Ausstieg aus der Kohle, wie er erneut von Umweltverbänden gefordert wird.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-14/001.php>